

Veröffentlichung: ja

Besprechung des GKV-Spitzenverbandes, der Deutschen Rentenversicherung Bund, der Bundesagentur für Arbeit und der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 04./05.05.2010

3. Erweiterung des Datensatzes Meldung (DSME) und Überarbeitung des Datenbausteins Unfallversicherung (DBUV);

hier: Ergebnisse der Arbeitsgruppensitzung am 29./30.03.2010

In der Besprechung der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 24./25.11.2009 ist zu TOP 13 die Entscheidung getroffen worden, den DSME zu erweitern und den DBUV zu überarbeiten. Festlegungen hierzu wurden auf Grundlage der erarbeiteten Vorschläge einer Arbeitsgruppe in der Besprechung der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 23./24.02.2010 konkretisiert (TOP 11).

In einer weiteren Sitzung am 29./30.03.2010 hat die Arbeitsgruppe die notwendigen Änderungen, die sich aus der Neugestaltung des DBUV ergeben, in den Dokumenten vorgenommen und Vorschläge zur Konvertierung erarbeitet:

Anlage 9.4 und 19 des gemeinsamen Rundschreibens „Gemeinsames Meldeverfahren zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung“

Die neu gestalteten Fehlerprüfungen berücksichtigen die erweiterte Datensatzlänge (DBUV910, DBUV022) und definieren die Konstellationen, in denen die Abgabegründe für besondere Sachverhalte im Feld UV-GRUND angegeben werden können. Dazu sind die bisher (aufgrund der fiktiven Gefahrtarifstellen) im Feld GT-STELLE definierten Fehlerprüfungen im neuen Feld UV-GRUND eingepflegt worden. Ausgetauscht wurden hierbei grundsätzlich die Werte der fiktiven Gefahrtarifstellen mit den neuen UV-Gründen A07 – C06.

Bei der Darstellung der Fehlerprüfungen zum UV-Grund C01 (Entsparing von übertragenem Wertguthaben durch die Deutsche Rentenversicherung Bund – DRV Bund) hat sich die Arbeitsgruppe dafür ausgesprochen, diese Prüfung nicht dem Verfahren innerhalb der Sozialversicherung (in der Anlage 9 grau hinterlegt) zuzuordnen, da die DRV

Bund in diesen Fällen das Verfahren AGDEU (Meldungen der Arbeitgeber an die Krankenkassen) nutzt. Bei der Prüfung des UV-Grundes C01 wird gegen den Wert im Feld BBNRVU (Betriebsnummer-Verursacher) im DSME geprüft; hier darf bei Nutzung des UV-Grundes C01 nur die für das Wertguthabenverfahren bei der Deutschen Rentenversicherung Bund vergebene Betriebsnummer eingegeben sein.

Entgegen der bisherigen Prüfung DBUV121 zur Zulässigkeit der Anwendung der fiktiven Gefahrtarifstelle 66666666 (Meldungen durch die Krankenkassen), die auf die Verfahren innerhalb der Sozialversicherung abzielte, wird bei der neugestalteten Prüfung DBUV084 zum UV-Grund C06 aus Vereinfachungsgründen auf das Arbeitgeberverfahren (AGDEU) abgestellt.

Bei den weiteren Feldern im variablen Teil des DBUV (BBNR-UV, MITGLIEDS-NR, BBNR-GTS, GT-STELLE) sind Fehlerprüfungen definiert worden, wann abhängig vom Wert im Feld UV-Grund die Grundstellung zulässig ist.

Um mögliche Rechtsverfahren innerhalb der gesetzlichen Unfallversicherung zu vermeiden, wird eine Fehlerprüfung analog der bisherigen Fehlernummer DBUV134 berücksichtigt. Danach ist das Feld UV-EG bei den Sachverhalten A07 bis A09 stets mit Grundstellung zu melden.

Neue Fehlerprüfung DBUV184:

Bei Meldungen

- für Arbeitnehmer der UV-Träger (UVGD = „A07“),
- für Arbeitnehmer, deren Unternehmen Mitglied bei einer landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft (UVGD = „A08“) sind oder
- bei denen die Beiträge zur Unfallversicherung nicht nach dem Arbeitsentgelt bemessen werden (UVGD = „A09“),

ist im Feld beitragspflichtiges Arbeitsentgelt zur Unfallversicherung (UEG) nur die Grundstellung (Nullen) zulässig.

Fehlertext: UV-EG ist nicht Grundstellung

Fehlerlangtext: Bei Angabe der Gründe für die Besonderheiten bei der UV (UVGD) = A07, A08, A09 ist das beitragspflichtige Arbeitsentgelt zur Unfallversicherung (UEG) nicht Grundstellung (Nullen)

Die konkreten Änderungen können dem Entwurf des Austauschprotokolls und dem Entwurf der neugestalteten Anlage 9.4 entnommen werden (**Anlagen 1 und 2**).

Die Anlage 19 wurde redaktionell angepasst (**Anlage 3**).

Die Arbeitsgruppe gibt zu bedenken, dass eine qualifizierte Aussage mit dem Wert Grundstellung zu Irritationen führen kann. Bei künftigen Neukonzeptionen wie der Erweiterung des DSME sollte überprüft werden, ob künftig statt Grundstellung einheitlich ein qualifizierter Wert angegeben werden sollte.

Konvertierung von Meldungen, die nicht im neuen Format gesendet werden

Das in der Besprechung der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 23./24.02.2010 zu TOP 1 verabschiedete Konzept zum Einsatz des neuen DBUV sieht vor, dass Meldungen ab dem 01.06.2011 nur noch mit dem neuen Format zu melden sind (Version 02). Aufgrund der eingeräumten Übergangsfrist bis zum 30.06.2011, in der Meldungen ausnahmsweise noch in der bisherigen Version 01 angenommen werden, sind Festlegungen zu treffen, wie diese Meldungen verarbeitet werden. Gleichmaßen ist zu regeln, wie Meldungen ab dem 01.06.2011 zu stornieren sind, die in der Version 01 abgegeben wurden.

Einigkeit besteht darüber, dass das Entgeltabrechnungsprogramm sicherstellen muss, dass ab dem 01.06.2011 der Sozialversicherung ausschließlich Meldungen in der Version 02 zugeschickt werden. Stornierungen von Meldungen, die in der Version 01 abgegeben wurden, müssen vor Abgabe durch das Entgeltabrechnungsprogramm konvertiert werden.

Daraus ergeben sich folgende Konsequenzen:

Verfahren bei den Arbeitgebern:

- Ab dem 01.06.2011 sind Meldungen ausschließlich in der Version 02 abzugeben.
- Stornierungsmeldungen, die ab dem 01.06.2011 für Meldezeiträume vor dem 01.06.2011 abgegeben werden, sind in die Version 02 zu konvertieren.
- Die Softwareersteller werden über das Verfahren im Rahmen des GKV-Infoshops vom 13. – 16.09.2010 informiert und erhalten Konvertierungsempfehlungen (**Anlage 4**).

Verfahren bei den Einzugsstellen:

- Ab dem 01.06.2011 werden der Datenstelle der Träger der Rentenversicherung (DSRV) Meldungen nur noch in der Version 02 weitergeleitet.
- Die Datenannahmestellen der Krankenkassen werden Entgeltmeldungen und Stornierungsmeldungen, die in der Übergangszeit vom 01.06. – 30.06.2011 noch mit dem bisherigen Format (Version 01) eingehen, selbständig in das neue Format (Version 02) konvertieren.
- Ab dem 01.07.2011 werden die Datenannahmestellen der Krankenkassen keine Meldungen mehr konvertieren und Meldungen in der Version 01 abweisen.

Verfahren bei der Rentenversicherung:

- Übergangsweise wird die DSRV am 01.06.2011 Meldungen noch in Version 01 annehmen; ab dem 02.06.2011 wird die DSRV Meldungen nur noch in Version 02 annehmen.

Gemeinsame Grundsätze für die Datenerfassung und

Datenübermittlung zur Sozialversicherung nach § 28b Absatz 2 Viertes Buch

Sozialgesetzbuch (SGB IV) mit Anlage 4 in der ab dem 01.06.2011 geltenden Fassung

Aufgrund der Konvertierungspflicht von Stornierungsmeldungen wurde die grundsätzliche Aussage unter Ziffer 3.3, bei Stornierung einer bereits erstatteten Meldung ist der DSME mit den ursprünglich gemeldeten Daten zu übermitteln, in den Gemeinsamen Grundsätzen nach § 28b Absatz 2 SGB IV ergänzt; die Anlage 4 ist entsprechend der Neugestaltung des DBUV angepasst worden (**Anlagen 5 und 6**).

Die Besprechungsteilnehmer nehmen die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zustimmend zur Kenntnis.

Der GKV-Spitzenverband wird gebeten, das Genehmigungsverfahren nach § 28b Absatz 2 Satz 2 SGB IV einzuleiten.

Einsatztermin für das geänderte Kernprüfprogramm ist der 01.06.2011.

Die weiteren konzeptionellen Schritte zur Neustrukturierung des DSME erfolgen erst nach dem Inkrafttreten des neuen DBUV (01.06.2011).

Anmerkung:

Der Transparenz wegen sind die geänderten Anlagen 9.4 und 19 des gemeinsamen Rundschreibens „Gemeinsames Meldeverfahren zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung“ mit dem Austauschprotokoll nur als Entwurf der Niederschrift beigelegt und werden in der kommenden Besprechung der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 01./02.09.2010 in die Nachtragslieferung aufgenommen.

In diesem Zusammenhang werden dann auch die Maßgaben zur Konvertierung bei Stornierungsmeldungen im gemeinsamen Rundschreiben unter Ziffer 1.2.8 und die Festlegungen zur Übergangsregelung vom 01.06.2011 – 30.06.2011 unter Ziffer 6 berücksichtigt.

Anlagen

- unbesetzt -